



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger*innenbrief

18. Juni 2024

Bildungsgipfel +++ Profiteure der Fußball-EM +++ 75 Jahre Grundgesetz +++ Fußverkehrskonzept ohne Bürger*innenbeteiligung +++ Zahlen, Daten, Fakten zur Mietpreisentwicklung +++ Linke Queerpolitik im Rathaus +++ Omas gegen Rechts +++ Wahlergebnisse +++ Linke am Tiefpunkt +++ Kulturipp: Generationenprojekt der GW St. Georg



Liebe Leserinnen und Leser,

wir machen uns nichts vor, die Halbierung des Stimmenanteils für DIE LINKE bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni von 5,5% (2019) auf 2,7% (2024) ist mehr als ein Alarmzeichen. Noch ist es offenbar nicht gelungen, den mühseligen Kurs der Neuausrichtung der LINKEN – nach der Abspaltung der sich nicht links, nicht rechts verstehenden Wagenknecht-Gruppe – genügend deutlich zu machen. Vermeintliche Unklarheiten vor allem in den friedenspolitischen Positionen der LINKEN haben es vielen Wähler*innen, allemal im Osten der Republik, sicher nicht leicht gemacht.

Immerhin, und darüber sind wir heilfroh, sind die Verluste in Hamburg nicht ganz so drastisch ausgefallen, hier hat sich der Stimmenanteil der LINKEN bei der EU-Wahl »nur« von 6,9 auf 5,1% reduziert. Das ist zwar mehr als das Bündnis Sahra Wagenknecht (4,9%) erhalten hat, aber weniger als die links verortete, europafreundliche, in Hamburg bisher

jedoch kaum in Erscheinung getretene VOLT-Partei (6,0%). Manchmal ist das schon zum Haareausraufen, wenn die Stimmung kippt und jahrelange Kärnerarbeit scheinbar vergeblich war. Doch halt, so ist es glücklicherweise nicht, bei den hamburgbezogenen Wahlen zu den sieben Bezirksversammlungen hat DIE LINKE lediglich von 10,7% (2019) auf 9,5% (2024) abgespeckt. Das lässt uns hoffen, dass unsere Arbeit in den Bezirken/Bezirksversammlungen, der Hamburgischen Bürgerschaft, in den Gewerkschaften, den außerparlamentarischen Initiativen, den Betrieben und Quartieren nach wie vor auf Resonanz und Anerkennung trifft. Das ist erfreulich. Mehr zum Thema Wahlen findet sich im hinteren Teil dieses *Bürger*innenbriefs*.

Das Desaster der Europawahl, die Rechtsentwicklung auch in den Bezirken lässt uns in der Linksfraktion nicht in Untätigkeit versinken. Wir arbeiten intensiv weiter, setzen uns insbe-

sondere mit den im August beginnenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 auseinander. Soll niemand glauben, uns kleingekriegt zu haben. Linke sind ja manchen Kummer gewohnt und werden auch jetzt wieder münchhausenmäßig den Kopf aus dem Wasser ziehen! Und den Rechten jeden Quadratzentimeter streitig machen. Jawohl.

Heike Sudmann und Michael Joho
Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

P.S.: Wer sich übrigens vom Engagement der LINKEN im Raumschiff Europäisches Parlament ein Bild machen möchte, schaut [hier](#).

Für eine gerechte und gesunde Schule!

Bildungsgipfel im Rathaus

Die Krisenerscheinungen im hamburgischen Bildungssystem mehren sich, Zeit also, sich intensiv mit möglichst vielen Interessierten und Beteiligten über die Ursachen, Alternativen und konkreten Forderungen zu verständigen. Am 22. Juni findet daher von 10.00 bis 16.00 Uhr ein Bildungsgipfel im Hamburger Rathaus statt. Die Fraktion DIE LINKE lädt im Verbund mit einer ganzen Reihe bildungspolitischer Akteur*innen und Institutionen dazu ein, mit Blick auf die gegenwärtige Lage in Hamburgs Schulen eine zukunftsweisende Bildungspolitik konkret zu entwerfen.

Die Inhalte des Bildungsgipfels sehen nach jetzigem Planungsstand wie folgt aus. Zunächst gibt es einen INPUT über die Lage in den einzelnen Schulformen: Stadtteilschulen, Gymnasien, Grundschulen, Sonderschulen, Berufliche Schulen und im Lehramtsstudium. Dann erfolgt eine Aufteilung in diese WORKSHOPS:

1. Inklusiv – was heißt das? Jeder hat ein Recht auf Inklusion; Klärung des Begriffs Inklusion – Individualität oder Klassifizierung; nicht diagnostizieren, Globalzuweisungen oder Individualzuweisungen; Einsatz und Qualifikation von Schulbegleitung; wie passt sich eine Schule ihren Schüler*innen an/Schulkonzepte für die Schüler*innen, Inklusion, § 12, § 45.

2. Selbstverantwortet – aber wie? Wer verantwortet Erfolge, wer Misserfolge von Schulen, bspw. in Testungen; wie ist die Budgetpraxis, wer kann wie was bezahlen?; wie wirkt die schulische Freiheit pädagogischer Konzepte? Wer verantwortet die Einstellungspraxis?; Aufgabenfülle von Leitungstätigkeit; Qualifikation der Leitung und Vision einer Schulidentität/lebendiges Leitbild.

3. Ohne Druck – wodurch? Ende von Abschulen und Noten; Prüfungsdruck; Bildungsplan durchsetzen oder Orientierung an den Interessen der Schüler*innen/Lernen im eigenen Takt, unterschiedliche Lernzeiten; Ab- und Anschlüsse: gesellschaftliche Grenzen von Schule.

4. Gutes Lernen – wie gelingt es? Unterrichts- und Lernräume, Systematik des Lernens und außerschulische Lernorte, selbstorganisiertes Lernen, diese Aspekte kommen in der Unterrichtsgestaltung viel zu kurz.

5. Gut ausgebildet und vorbereitet – wie das? Reform der Lehrer*innenausbildung: grundständige Ausbildung plus Fächer, inklusive Pädagogik und Didaktik im Zentrum; sonder- und heilpädagogische Kompetenzen der Lehrkräfte, Sonderpädagogik als Querschnitt der Ausbildung? Praxisorientierung des gesamten Studiums bis hin zur einphasigen Ausbildung...

6. Vernetzt vor Ort – mit wem und wozu? Rund um die Regionalen Bildungskonferenzen: Schule öffnet sich, Schulentwicklung im Stadtteil, gemeinsame Verantwortung im Stadt-



teil für die dort lebenden jungen Menschen, regelmäßiger fachlicher Austausch mit allen Schulen und Expert*innen der Region; Kinder- und Jugendhilfe in den Schulen? warum keine Ärzte vor Ort? Schulgesundheitsfachkräfte in den Schulen?

7. Wie kann Digitalisierung gerecht sein? Wie können die Schulen umfänglich mit nutzbaren und nützlichen Endgeräten und Geräten ausgestattet werden? Welche Fortbildungen sind unabdingbar? Wie kann die Medienkompetenz der Lehrkräfte gesteigert bzw. geschaffen werden? Kann es eine Schule 2.0 geben mit neuer Bewertungsmethoden und einer Entlastung durch digitale Endgeräte? Und wie sieht eine entsprechende Unterrichtsentwicklung aus?

8. Bildungsrat: Beteiligt und gehört – wie geht das? Mehr Wertschätzung der bildungspolitischen Gremien: wie kann man sie stärken? Wie kann ein Bildungsrat implementiert werden? Wie setzt er sich zusammen? Welche Funktion hat er in der Schulbehörde? Welche Entscheidungskompetenzen besitzt er?

Zum Ende gibt es ein PLENUM, in dem die Ergebnisse noch einmal zusammengefasst werden. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. (www.linksfraktion-hamburg.de/bildungsgipfel/)



Losungen im Millerntor-Stadion zur Begleitung der EM (Foto: H. Sudmann)

Fußball-EM 2024: Wer profitiert? Wer zahlt?

Von Heike Sudmann

Am vergangenen Freitag, den 14. Juni, ist die Fußball-Europameisterschaft in Deutschland angelaufen. Noch bis zum 14. Juli gibt es aufregende Fußballwochen, mit Public Viewing fast aller EM-Spiele und einer Fanzone auf dem Heiligengeistfeld sowie insgesamt fünf Spielen im Volksparkstadion.

Die Freude am Fußball wird allerdings getrübt durch den Blick auf die Verteilung der Kosten und Gewinne. Während Bund, Länder und Städte nach aktuellen Schätzungen rund 650 Mio. Euro Ausgaben stemmen müssen (die Stadt Hamburg alleine ist mit mehr als 30 Mio. Euro dabei), rechnet die UEFA mit Einnahmen von 2,4 Mrd. Euro. Dank der von der Bundesregierung zugesagten Steuererleichterungen und -befreiungen (z.B. von der Körperschaftsteuer), wird der Reingewinn der UEFA bei 1,7 Mrd. Euro liegen. Was von den Gewinnen der UEFA in all den Jahren wirklich dem Fußball zu Gute kommt und nicht woanders landet, ist bis heute intransparent. Wirtschaftswissenschaftler*innen verschiedener Couleur weisen darauf hin, dass die EM auch kein Konjunkturfeuerwerk oder -booster wird, sondern dass sich der Konsum lediglich verschiebt.

Schon vor dem ersten Anstoß steht die UEFA damit als Hauptgewinnerin der Fußball-EM fest. Wie gesagt, satte 1,7 Mrd. Euro Reingewinn fließen in ihre Kassen, während die

öffentliche Hand rund 650 Mio. Euro Kosten zu wuppen hat. Die Allgemeinheit zahlt, während die UEFA die fette Kohle einstreicht. Diese ungleiche und durch nichts gerechtfertigte Verteilung der Kosten und Gewinne wird zu Recht auch von der aktiven Fußballfanszene kritisiert. Zudem geht die UEFA mit den Ausrichterstädten nicht gerade zimperlich um. Demoverbote im Umkreis von 500 Metern um die Stadien und Fanzonen, Abtretung aller kommerziellen Rechte an die UEFA, Einforderung von Steuergeschenken und Abwälzung der Kosten auf die Städte sind in den Verträgen zwischen UEFA und Ausrichterstädten festgehalten. Kein Wunder, dass die Stadt Bremen sich diesem Diktat nicht unterworfen hat. Wann hört es endlich auf, dass Stadt und Land blind den Versprechungen von UEFA, FIFA oder IOC glauben und Knebelverträge zugunsten dieser oft auch korrupten Sportorganisationen unterschreiben? Diese unendliche Kommerzialisierung des Sports stößt immer mehr Menschen ab.

Bei der Gelegenheit: Wer denn nun von der EM profitiert und wer zahlt, dazu war ich als sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion am 7. Juni zu einer Gesprächsrunde vom »Deutschlandfunk« eingeladen worden. Mit dabei: Stephan Mayer (CSU), ehemaliger Parlamentarischer Sport-Staatssekretär im Innenministerium, und Dr. Christian Rusche vom

Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Wen's interessiert, hier die 54-minütige Radiosendung zum An- und Nachhören. **Sportlich gesehen wünschen wir uns und allen Zuschauer*innen faire Fußballbegegnungen – möge das beste Team gewinnen – und viel Spaß!**

Hierhin passt noch eine Werbemeldung von »Hinz&Kunzt« vom 14. Juni. Der Verfasser der nachstehenden Zeilen, der Redakteur Benjamin Buchholz, gibt sich zwar nicht gerade als begeisterter Anhänger des Rasensports zu erkennen, aber er preist immerhin die Juni-Ausgabe des Straßenmagazins an: »Wir haben nämlich den Hinz&Kunzt-Blick auch auf die EM geworfen und berichten über Aspekte des Sports, von denen man üblicherweise nicht so viel erfährt. Zum Beispiel hat sich meine Kollegin Luca Wiggers mit den im Fußball omnipräsenten Sportwetten beschäftigt – und geht der Frage nach, welche Folgen sie für Spielsüchtige haben können. Unser Autor Jochen Harberg hat Thoya Küster getroffen, Europas derzeit wohl beste Blindenfußballerin vom FC St. Pauli. Außerdem richten wir unseren Blick auf die zweite Fußball-EM, die am Montag den 17.6. in Hamburg beginnt. Die »Homeless Euro 2024« nämlich, die EM der Wohnungslosen. Sie findet vom 17. bis 21.6. in der Fanzone auf dem Heiligengeistfeld statt. Im Monatsmagazin lesen Sie ein Porträt über Bianca Koch, die als einzige Frau im deutschen Team mitspielt und früher auf



Postkarte von 1921

der Straße gelebt hat. »Ich kann mich nur auf den Fußball konzentrieren und vergesse meine Sorgen«, sagt sie über das Spiel. Dann treibt uns, wie Sie wissen, auch zur EM die Sorge um, dass obdachlose Menschen verdrängt werden könnten.« Eine Diskussionsveranstaltung zur Kampagne #AbseitsAbschaffen findet am Donnerstag, den 20. Juni, um 19.30 Uhr in den Fanräumen des FC St. Pauli (Heiligengeistfeld/Stadion Gengengerade) statt.

75 Jahre Grundgesetz

Von Sabine Boeddinghaus

Der 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes am 23. Mai 2024 wurde im ganzen Land ausgiebig gefeiert. Auch in der Hamburgischen Bürgerschaft fand dazu jüngst eine Debatte statt. Einig sind sich alle demokratischen Fraktionen darin, dass die Demokratie jeden Tag gegen die autoritäre, völkische und menschenverachtende AfD verteidigt werden muss, uneinig sind sie sich aber über das Wie! Denn ich meine, und das belegen auch Studien, dass es einen kausalen Zusammenhang gibt zwischen fehlenden Investitionen und dem Erstarken der extremen Rechten.

Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes sagt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Wieviel Würde haben aber arme Kinder? Wieviel Würde bleibt Geflüchteten, die in menschenunwürdigen Unterkünften leben müssen? Wieviel Würde haben Obdachlose, die nachts kein Dach über dem Kopf haben? Wieviel Würde haben Erwerbslose, die als unterwürfige Bittsteller*innen in die Jobcenter gehen müssen? Wieviel Würde haben alte und kranke Menschen, denen meist mangels Geldes nur die mangelhafteste Pflege zuteilwird? Wie viel Würde haben Rentner*innen in Armut, die auf Flaschensammeln angewiesen sind? Wie viel Würde haben Millionen von Menschen, die Vollzeit arbeiten, und dennoch aufstocken müssen? Wie viel Würde haben Alleinerziehende, die ihren Kindern jeden Tag sagen müssen, das können wir uns nicht leisten? Ich meine, all diesen Menschen gebührt un-

ser Respekt, unsere besondere Fürsorge und die Wahrung ihrer Würde! Setzen wir den Artikel 1 unseres Grundgesetzes endlich um!

Artikel 3 Absatz 1 lautet: »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.« Und im wirklichen Leben? Solange es Arm und Reich gibt, gibt es keine Gleichheit. Sind die mehr als 20 Prozent armen oder armutsgefährdeten Kinder mit den gleichen Chancen ausgestattet wie die anderen? Nein. Was im Gesetz steht, ist nie Wirklichkeit geworden. Kinder, die in arme Familien geboren werden, sind nicht gleich mit gut situierten. Noch immer hängt der Bildungsabschluss vom Geldbeutel der Eltern ab. Das hehre Ziel wird proklamiert, wir feiern sein Bestehen im Grundgesetz nach 75 Jahren. Aber die, die die Gesetze machen, die sich aktuell gegen eine Kindergrundversicherung verwahren, die das Renteneintrittsalter nach oben schrauben wollen, sind auch die, die das Grundgesetz und seinen Gleichheitsgrundsatz feiern. Sie sind aber zugleich täglich Teil der Aufrechterhaltung all dieser Ungleich- und Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft.

Ich halte es für richtig, gemeinsam diesen Jahrestag zu feiern, denn unser Grundgesetz ist ein Schatz, den wir haben, aber ich fordere dazu auf, die Artikel auch ernst zu nehmen! Dann müssen wir z. B. dringend über eine notwendige Reform der Erbschaftssteuer sprechen, denn die jetzige ist ganz klar verfassungswidrig! Dann müssen wir auch über den Artikel 109 sprechen, der mit der Schuldenbremse dafür sorgt, dass

dringend notwendige Investitionen in Umweltschutz, öffentliche Daseinsvorsorge und den Ausbau der Infrastruktur unterbleiben, und somit die gesellschaftliche Ungleichheit ebenso wie die Politikverdrossenheit zunehmen und die Menschenfeinde Zulauf erhalten.

Den entschlossenen Worten zur Verteidigung der Demokratie müssen noch entschlossenerer Taten folgen! Für mich bedeutet das konkret, der Investitionsbremse eine Absage zu erteilen und endlich mit einer Vermögens-, Erbschafts- und Übergewinnsteuer den Sozialstaat wieder zu stärken. Wir brauchen eine Umverteilung unseres Reichtums von Oben nach Unten! Ich bin überzeugt, nur so verteidigen wir die Demokratie, so bewirken wir mehr Teilhabe, die Stärkung der Demokratie und das Zurückdrängen rechtsextremer Kräfte! Und natürlich ist es wichtig, das Grundgesetz weiterzuentwickeln. DIE LINKE fordert, endlich die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. Wir schlagen weiter vor, soziale Rechte, u.a. das Recht auf Wohnen, das Recht auf Arbeit ins Grundgesetz als Grundrechte aufzunehmen. Daraus folgt die kritische Auseinandersetzung mit dem klugen Artikel 14, Absatz 2 (Eigentum verpflichtet) und der nüchternen Feststellung, dass das Grundgesetz keine Wirtschaftsordnung, wie den herrschenden Kapitalismus vorsieht! Auch hier wird der Gleichheitsgrundsatz täglich verletzt! Die Lebenswirklichkeit so vieler Menschen in unserem Land ist entbehrungsreich und in vielen Bereichen würdelos und undemokratisch. Sie werden in Verhältnisse gepresst, qua Herkunft, qua Pass, qua Sprache, qua Geldbeutel oder qua Bildung. Wie wären Menschen, wenn sie ein freies und gleiches und würdevolles Leben leben könnten? Diese Frage sollten wir uns alle stellen. Meine Antwort darauf lautet: Füllen wir das Grundgesetz mit Leben, mit einem guten Leben für Alle!



Foto: Harald Heck

Von wegen Bürger*innenbeteiligung

Zum Fußverkehrskonzept St. Georg

Von Michael Joho

Kaum ein Material des Senats und der Bezirke, in denen nicht ellenlang davon die Rede ist, wie ernst die Behörden die Bürger*innenbeteiligung nähmen. Gerne angeführt wird dann die »Stadtwerkstatt«, auf der meist einmal im Jahr Expert*innen, Politiker*innen und Behördenmitarbeiter*innen zusammenkommen, um sich qualifiziert zu einem bestimmten Thema zu äußern und auf Fragen der interessierten Bevölkerung einzugehen. Aber mehr eben auch nicht. Ich erinnere an das vor einem Jahrzehnt einige Zeit engagierte »Beteiligungsforum«, dessen Teilnehmer*innen wiederholt mit der von den Behörden konzidierten Scheinpartizipation kritisch ins Gericht gingen.

An einem konkreten Beispiel will ich verdeutlichen, wie das mit der vermeintlichen »Beteiligung« im stadtpolitischen Alltag so läuft. Und das ist wirklich nur ein Beispiel von mehreren »Beteiligungsverfahren«, an denen ich in irgendeiner Form beteiligt war oder von denen ich zumindest genauere Kenntnis erhielt. Ich beziehe mich im Folgenden auf das große

Aus der Abschlusserklärung des zweiten »Beteiligungsforums« am 14. November 2014 in der HAW Hamburg

»Wir brauchen in Hamburg eine echte Bürgerbeteiligung. Es reicht nicht, alle paar Jahre ein Kreuzchen machen zu dürfen, auf einer »Stadtwerkstatt« Informationen von oben serviert zu bekommen, Bürgerentscheide vom Senat wegevoziert zu sehen oder die Statist_innen auf Alibiveranstaltungen zu spielen, die mit Entscheidungsoffenheit nichts zu tun haben.«

Thema Mobilitätswende und darunter konkret auf das »Fußverkehrskonzept«, das auf einen Beschluss der Bezirksversammlung (BV) Hamburg-Mitte aus dem Jahre 2018 zurückging. Danach sollte es 2020/21 zunächst in der Neustadt, dann in St. Georg und 2023/24 schließlich in Billstedt einen Erarbeitungsprozess mit intensiver Bürger*innenbeteiligung geben.

Fußverkehrskonzept St. Georg - Unsere Vorschläge

verbieten, dass die „Gewerbefreiheit“ im Grundgesetz (Artikel 12) verankert hat. **► Fortsetzung auf Seite 6**



Bis zum 1. November bestand die Möglichkeit, beim Bezirksamt Online-Vorschläge einzubringen, wo im St. Georger FußgängerInnenverkehr der Schuh drückt und was zu verbessern wäre. Der Einwohnerverein hat sich auf diese fünf Kernforderungen konzentriert:

- 1.** Eine nachhaltige Entzerrung des Gewusels auf dem Weg längsseits der Außenalster! Ein zusätzlicher Radstreifen auf der Straße An der Alster wäre nötig (s.S.8). Die Ampeln zwischen der Alster und St. Georg müssen alle wieder in Betrieb genommen werden.
- 2.** Die FußgängerInnenwege auf der Langen Reihe sind zu schmal! Ursächlich ist dafür zum größten Teil die vom Bezirk immer üppiger genehmigte und nie kontrollierte Außengastronomie.
- 3.** Die im letzten Jahr ohne Not abgeschafften Zebrastreifen im Wohngebiet sind sofort wieder herzurichten!
- 4.** Schräg vorm Schauspielhaus, auf der Höhe der Ellmenreichstraße, bedarf es eines Zebrastreifens, da hier viele Leute sozusagen ungeschützt über die Straße gehen.
- 5.** Beim Steindamm-Umbau ist auf genügend Gehwegbreite vor allem vor den Läden zu achten.

Vorschläge des Einwohnervereins St. Georg, abgedruckt in der Ausgabe 11/2020 seiner Stadtteilzeitung *Der lachende Drache* (https://ev-stgeorg.de/wp-content/uploads/lachender_drache/LD_342.pdf)

An dem St. Georger »Beteiligungsverfahren« war ich selbst von Anfang an beteiligt. Seinen Anfang für die Stadtteilengagierten nahm es 2020, als Claudia Kruse, die taffe, frisch berufene Fußverkehrs-Beauftragte des Bezirks, und Andreas Schmitz vom Institut »IKS – Mobilitätsplanung«, das Vorhaben am 30. September 2020 im damals noch halbwegs unabhängigen Stadtteilbeirat St. Georg vorstellten. Wie immer bei der Ankündigung eines solchen Beteiligungsverfahrens, allemal zur Förderung des Fußverkehrs, gab es bei uns große Zustimmung und eine hohe Erwartungshaltung. Gleich bei dieser ersten Debatte gab es allerdings kritische Nachfragen, welches denn die Auswahlkriterien für die nötigen Maßnahmen seien bzw. wer sie definieren würde und wie viel Geld überhaupt zur Verfügung stände, also zusätzlich vorhanden wäre, um wenigstens einen ersten Eindruck von dem Volumen möglicher Eingriffe zu bekommen. Auf diese Fragen gab es keine Antworten, es hieß lediglich, mensch müsse erst einmal abwarten, was aus dem Verfahren erwachsen würde. Ein Schelm, wer damals schon Böses ahnte.

Das Beteiligungsverfahren eröffnete mit einer Online-Befragung vom 5. Oktober bis zum 1. November 2020. 155 BürgerInnen beteiligten sich mit 170 Einzelvorschlägen. Dann gab es einen »Video-Spaziergang« am 23. November, an dem sich rund 20 St. Georger*innen beteiligten, gefolgt am 2. November von einem Live-Rundgang mit Mitgliedern des Einwohnervereins St. Georg. Aufgrund der großen Resonanz kam es vom 4. Dezember 2020 bis zum 8. Januar 2021 zu einer zweiten Online-Beteiligungsmöglichkeit, dabei kam es zur Anwendung der in letzter Zeit vom Senat permanent hochgelobten DIPAS-Beteiligungstechnik. Vor dem Hintergrund einer Umfrage unter seinen Mitgliedern beteiligte sich im Übrigen auch der alternative Einwohnerverein St. Georg an der ersten Online-Befragungsrunde und brachte folgende Vorschläge ein:

Soweit, so gut. Auch ich hatte meinen anfangs etwas skeptischen Eindruck überwunden und beteiligte mich an allen, oben genannten Beteiligungsformaten, wie so etwas heutzutage heißt. Dann war mehrere Monate Ruhe im Karton, bis – etwas überraschend – vom Bezirk für den 27. Mai 2021 ein Fußverkehrs-Dialogforum anberaumt wurde den Coronabedingungen gemäß als Onlinekonferenz. Dieses Dialogforum war insofern recht kurios, weil aus den zusammengetragenen 217 sogenannten »verorteten Problemstellen« (also Konfliktpunkten) mit 370 Meldungen vom IKS verschiedene Punkte herausfiltriert wurden, ohne dass es dafür eine auch nur halbwegs überzeugende Begründung oder Kriterien für eine Priorisierung gegeben hätte. Im »Endbericht« des Instituts vom März 2022 ist dann von »210 Beiträgen und mehr als 150 Kommentaren« die Rede. Auch hier ohne nähere Begründung der Auswahl(kriterien).

Besonders erheiternd – und dann an dieser Stelle auch ernüchternd – war der Vorschlag, die Kirchenallee und die beiden auf den Hansaplatz zulaufenden (nun ja, sozial auffälligen) Straßen Bremer Reihe und Ellmenreichstraße zu »Boulevards« umzuwidmen. Auf ungläubiges, mehrfaches Nachfragen beim IKS ergab sich, dass dieser Vorschlag nicht aus dem Beteiligungsverfahren, sondern explizit vom Bezirksamt eingebracht worden sei. Damit hatte sich das Verfahren an sich schon ad absurdum geführt. Denn niemand wusste oder erfuhr jemals, von wem eigentlich die Vorschläge gekommen waren, wie oft sie gemacht wurden und welche Rolle dabei das Bezirksamt und die dort agierende Deutschlandkoalition spielte. Die »Boulevard«-Geschichte gehört seitdem zum festen Bestandteil der Argumentation im Stadtteil, wenn es um Fragen zur Ernsthaftigkeit und Qualität von »Bürgerbeteiligung« geht. *Der lachende Drache* kommentierte das »Dialogforum« mit den Worten »Fußverkehrskonzept mit Aufschickungsflair?«



Zugestellter Fußweg an der Langen Reihe durch überbordende Außen-gastronomie (Foto: M. Joho)

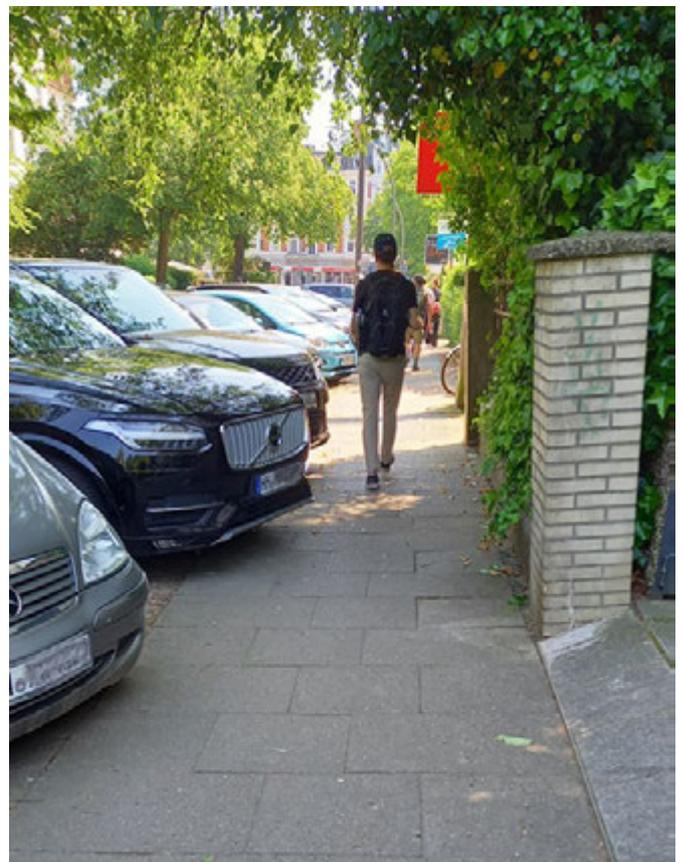
Ende Juni 2021 tagte dann der Stadtteilbeirat und wollte wissen, was denn nun aus dem aufwendigen Verfahren zum Fußverkehrskonzept geworden sei und wie es damit weitergehe. Die Teilnehmer*innen wurden vorerst getröstet. Erst am 24. November 2021 gab es eine Zwischenpräsentation im Stadtteilbeirat und im März 2022 legte das IKS dann seinen »Endbericht Fussverkehrskonzept St. Georg« vor. Vorgestellt und diskutiert wurde dieses Papier in St. Georg nicht mehr. Auch wie mit den Einwänden umgegangen worden war, entzog sich vollständig dem stadtteilöffentlichen Diskurs. Es herrschte vielmehr lange Zeit Schweigen im Wald. Im Stadtteilbeirat wurde zwar ab und zu noch nachgefragt, aber ohne greifbares Ergebnis. Persönlich fing ich bereits an, mich zu ärgern, zu ärgern über die großen Versprechungen, die mehrfach gestellten, aber ebenso unbeantwortet gebliebenen Fragen und also die vielen Stunden, die mit mir viele andere St. Georger*innen in dieses »Beteiligungsprojekt« bis dato gesteckt hatten. Das Fußverkehrskonzept schien ohne jedwede Begründung tot, alle Vorschläge in den Schubladen verschwunden, das Beteiligungsverfahren völlig ohne Belang.

Es vergingen anderthalb Jahre, bis überraschend eine Mitteilung aus dem Bezirksamt – naja – mit erheblicher Verzögerung bekannt wurde. Am 3. Juli 2023 hatte nämlich die Bezirksversammlung Mitte mal eben beschlossen, um welche Maßnahmen zur Förderung des Fußverkehrs es konkret gehen sollte. Nichts davon war im bzw. mit dem Stadtteil diskutiert oder gar entschieden worden. Lauter einsame Entscheidungen, sogar jenseits der vom IKS gesetzten Prioritäten, das ganze »Beteiligungsverfahren«, zehntausende Euro für das Forschungsinstitut, hunderte Stunden engagierter Bevölkerungsbeteiligung – alles für die Katz. Nicht einmal einen selbstkritischen Rückblick, eine Begründung der kargen drei beschlossenen Maßnahmen hat es gegeben. Aber die Aussage in diesem Bezirksbeschluss, die jagt mir noch heute die Wut in den Nacken: »Die Erarbeitung des Fußverkehrskonzepts«, heißt es da, »ist ein herausragendes Beispiel für die Beteili-

gung von Bürgerinnen und Bürgern an ihren unmittelbaren ortsbezogenen Belangen.«

Die Wahrheit ist eine andere: Die erste Phase war von Hoffnung machen, Auffordern zum Einbringen und Beteiligung geprägt. Nach Beendigung dieser Phase hat es keine Debatte auf Augenhöhe geschwiege denn irgendeine transparente Priorisierung gegeben, der lange erprobte und im vergangen weitgehend zusammengestauchte Stadtteilbeirat war spätestens seit November 2021 völlig außen vor.

Aber so läuft das ja oft in der Stadt: Da werden Menschen breit aufgefordert, sich mit Online-Vorschlägen und Ideen auf Karteikarten einzubringen. Dutzende, bisweilen hunderte Vorschläge kommen dadurch zustande, darunter viele, die sich widersprechen, auch welche, die nur einzeln oder womöglich auch mehrmals genannt werden. Als dies bleibt intransparent, und dann präsentiert das Institut bzw. die Behörde plötzlich ein Bündel von Maßnahmen, die bestenfalls irgendjemand mal geäußert hat, deren Auswahl und damit Priorisierung ohne jede Rückkoppelung und letztlich völlig undurchschaubar und undemokratisch erfolgt. So viel zum »herausragenden Beispiel für die Beteiligung«, das sich bei Kenntnis der detaillierten Abläufe als Schimäre erweist. Dokumentieren wir noch einmal kurz, welches Mäuschen das »Beteiligungsverfahren« ohne jedwede Rückkoppelung, auch nur ohne jede Präsentation im Quartier gebiert hat. »Bürgerbeteiligung« vom Feinsten eben.



Engpass, gesehen in Eimsbüttel (Foto: M. Joho)

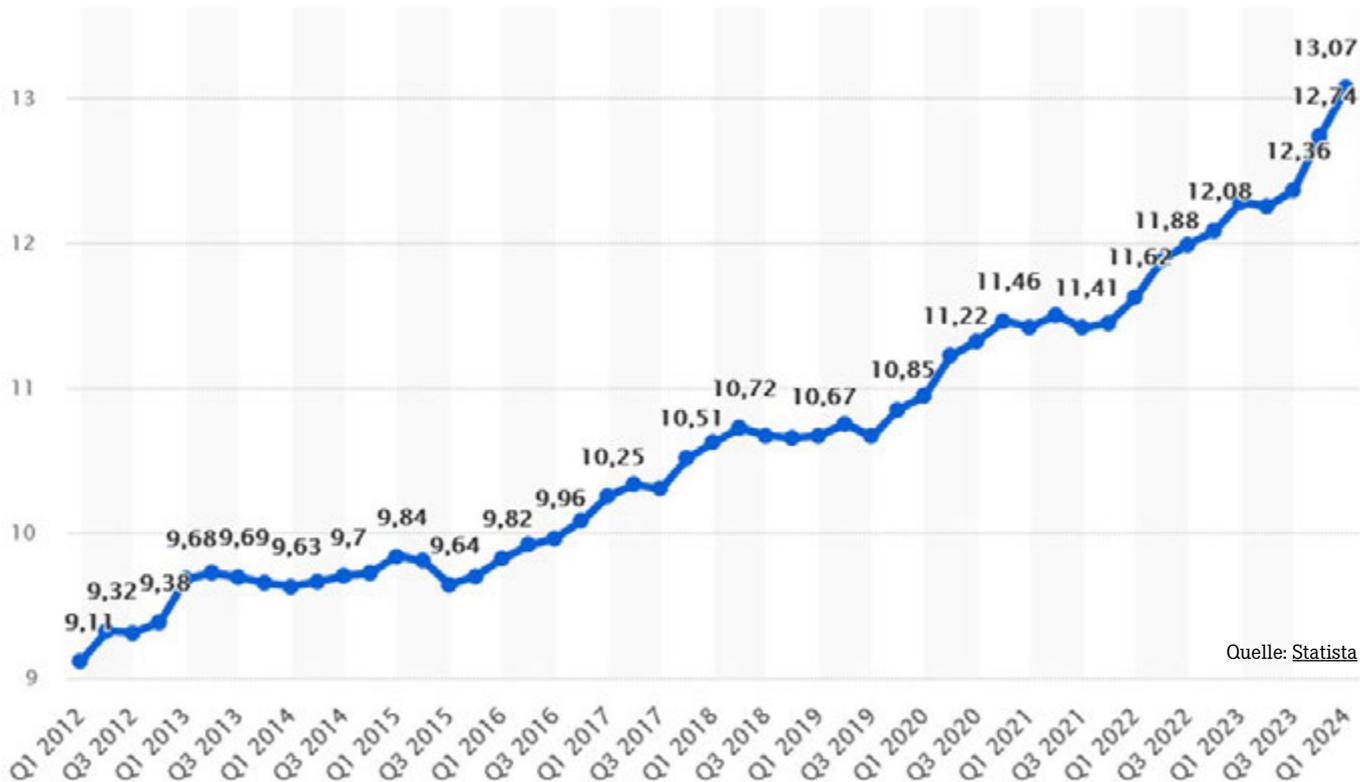
Zahlen, Daten, Fakten zur Mietpreisentwicklung

Von Michael Joho und Heike Sudmann

Nicht, dass es eine sonderliche Überraschung wäre, aber die Mieten in Hamburg gehen ungebremt weiter steil nach oben. Laut Statista vom 29. April sind die durchschnittlichen **Angebotsmieten** alleine vom III. Quartal 2023 bis zum I. Quar-

tal 2024, also **innerhalb eines halben Jahres**, von **12,74 auf 13,07 Euro je Quadratmeter nettokalt** weiter angewachsen. Die stetige Aufwärtsentwicklung der Mieten ist der nachfolgenden Statista-Grafik zu entnehmen.

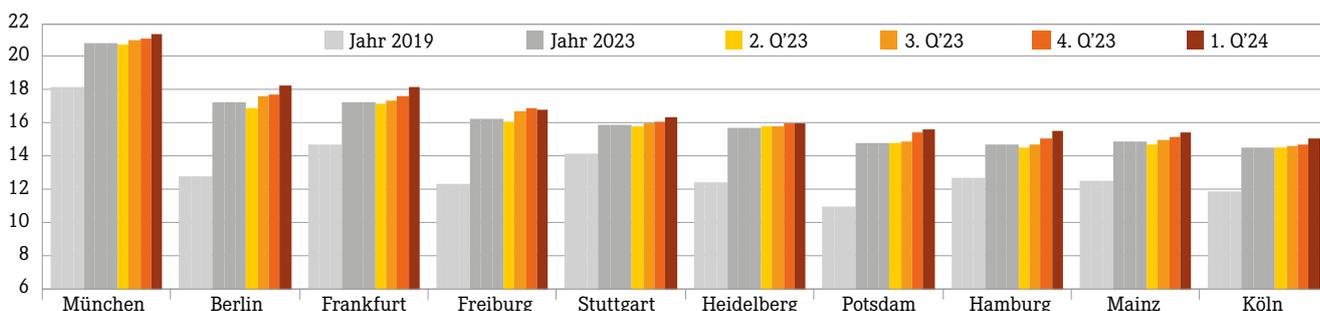
Abb. 1: Mietpreissteigerung 2012–2024, Mietpreis in Euro pro m²



Die Mitte Mai veröffentlichte »Ohmoor-Studie« der Elftklässler*innen des Gymnasiums Ohmoor kam bei der Auswertung von 4.200 digitalen Wohnungsinseraten vom Februar/März 2024 auf eine Durchschnittsmiete von **14,58 Euro nettokalt** (siehe dazu den letzten »Bürger*innenbrief« vom 29.

Mai). Und das Forschungsinstitut **Empirica** bezifferte in seiner regelmäßigen Wohnungsmarkt-Untersuchung die Durchschnittsmiete in Hamburg im I. Quartal 2024 mit **14,46 Euro** je Quadratmeter.

Abb. 2: Die zehn teuersten Städte im empirica Mietpreis-Ranking bei Neubauten; Mietpreis in Euro pro m²



www.empirica-institut.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen_Referenzen/PDFs/Immobilienpreisindex_Q12024.pdf

Auch wenn die Daten der verschiedenen Erhebungen voneinander abweichen, eins ist klar: die Mieten steigen und steigen. Bisher lautete die Antwort des Hamburger Senats und auch der Bundesbauministerin Geywitz (SPD) gebetsmühlen-

artig »bauen, bauen, bauen«. Doch auch das klappt nun überhaupt nicht mehr – und treibt damit die Mieten noch weiter nach oben. Wir haben uns die Mühe gemacht, die **Wohnungsbaudaten der vergangenen vier Jahre** zusammenzustellen.

Abb. 3: Wohnungsbau in Hamburg 2020–2023

	2020	2021	2022	2023
Baufertigstellungen	11.269	7.836	9.234	5.999
Davon gefördert ⁽¹⁾	3.472	1.895	2.430	2.155
Davon Eigentumswohnungen	2.623	1.346	2.562	1.907
An bestehenden Gebäuden	533	500	562	317
In neuen Gebäuden	10.736	7.336	8.672	5.682
Davon im Geschosswohnungsbau	9.384 = 87,4%	6.280 = 85,6%	7.406 = 85,4%	4.481 = 78,9%
Davon in 1-/2-Familienhäusern	1.067 = 9,9%	1.031 = 14,1%	1.147 = 13,2%	887 = 15,6%
Davon in Wohnheimen	189 = 1,8%	3 = 0,04%	103 = 1,2%	252 = 4,4%
Davon in Nichtwohngebäuden	96 = 0,9%	22 = 0,3%	16 = 0,2%	62 = 1,1%
Baugenehmigungen (in% gegenüber Vorjahr)	10.140 (-12,8%)	9.852 (-2,8%)	9.199 (-6,6%)	5.257(-42,9%)
Neue Wohnfläche gesamt (in qm)	860.320 qm	591.919 qm	770.100 qm	501.650 qm
Durchschnittsgröße pro Wohneinheit in qm	76,3	75,5	81,7	82,1

Zahlen aus den Jahresberichten des Statistikamtes Nord „Wohnungsbau in Hamburg“ 2020 (vom 27.5.2021), 2021 (vom 30.5.2022), 2022 (vom 23.5.2023) und 2023 (vom 23.5.2024): Wohnungsbau 2020: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI21_072.pdf; 2021: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI22_098.pdf; 2022: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI23_059.pdf; 2023: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI24_055.pdf.

⁽¹⁾ Daten für 2020–2022: Wohnungsbaubericht 2022; aktuelle Daten für 2023: www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/18149804/2024-01-30-bsw-trendwende-bei-sozialwohnungen/.

Auffällig ist vor allem der massive Rückgang der Wohnungsfertigstellungen im vergangenen Jahr: Nur noch 5.999 Wohneinheiten konnten errichtet werden, also erheblich weniger als die alljährliche Zielzahl des Senats von 10.000 Neubauwohnungen vorsieht. Eine weitere Verschlechterung in den Folgejahren ist vorprogrammiert, da es im Jahr 2022 noch 9.199 Baugenehmigungen gegeben hat, in 2023 dann nur noch 5.257.

Bemerkenswert ist, dass die durchschnittliche Größe neu gebauter Wohnungen wieder zugenommen hat, nämlich auf 82,1 Quadratmeter pro Neubau-Wohnung, und das trotz des Umstandes, dass Hamburg eine Metropole der Single-Haushalte mit mehr als 54 Prozent ist. Für wen wird da eigentlich gebaut? Und interessant ist auch, dass der Anteil der Wohnungen in Ein- und Zwei-Familienhäusern zunimmt, entgegen dem rückläufigen Neubau-Trend insgesamt. Nochmals die Frage, für wen wird da eigentlich in dieser Stadt vorrangig gebaut? Jedenfalls nicht für die Menschen mit wenig Einkommen. Denn bei den 5.999 Wohneinheiten im letzten Jahr

gab es lediglich 2.155 geförderte, sozial gebundene Neubauwohnungen, 275 weniger als in 2022 und weit entfernt von der seit 2016/17 propagierten Zielzahl von 3.000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr.

Das bundesweite Bündnis Mietenstopp – bestehend u.a. aus dem Deutschen Mieterbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Arbeiterwohlfahrt und dem Paritätischen – schlussfolgert aus den Entwicklungen, vor allem in den Städten, dass ein sofortiger sechsjähriger bundesweiter Mietenstopp her muss. Dem können wir uns nur anschließen. Und damit nicht zuletzt Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) in die Suppe spucken, der in der »Immobilien-Zeitung« vom 11. Juni gerade wieder erklärt hat – den Koalitionsvereinbarungen zum Trotz –, dass es bis zum Ende der Legislaturperiode 2025 keine weiteren Mietrechtsreformen mehr geben wird, nicht bei der Kappungsgrenze, nicht bei den Indexmietverträgen, nicht bei den möblierten (Kleinst-)Wohnungen, nicht beim Vorkaufsrecht, nicht bei der Beschränkung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Tipps und Termine

Der Brüller des Monats ist ein Antrag der Altonaer GRÜNEN, die hinsichtlich der **zum Abbruch vorgesehene Sternbrücke** vorschlagen, einzelne **Trümmer- teile Interessierten zu überlassen**. »Sternbrücke für zuhause« nannte das »Hamburger Abendblatt« in einem ernsthaften, aber in der Sache doch eher zum Heulen und Zynismus veranlassenden [Beitrag vom 6. Juni](#). Das Ganze erinnert fatal an den Jubelschrei der Mitte-GRÜNEN vor einigen Jahren, ein per Brandstiftung zerstörtes Mietshaus in der Langen Reihe zwar nicht erhalten, aber doch immerhin die Städtebauliche Erhaltungssatzung geltend gemacht zu haben. Und so wurde das in St. Georg so titulierte »Brandhaus« gegen heftige Proteste aus dem Stadtteil zwar abgerissen, aber wunderbarerweise blieb die Fassade erhalten. Doch dahinter entstanden anstelle der günstigen Mietwohnungen edle Eigentumswohnungen. Grüne Fassadenpolitik eben.

»Viele Mieter*innen haben wirtschaftliche Probleme«, so die Headline einer [Pressemeldung des Senats](#) vom 31. Mai. Auf's Korn genommen werden darin die gestiegenen Mietpreise, insbesondere die explodierten Indexmieten. Die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz und der Verbraucherzentrale sind insbesondere mit Blick auf die **Energiepreisentwicklung beängstigend**: »Nach wie vor haben **fast 50 Prozent der Befragten** [gemeint sind Mieter*innenhaushalte] wirtschaftliche Probleme, ein Viertel sogar mittlere bis starke.« Und an anderer Stelle heißt es: »Nach den Umfrageergebnissen sind aktuelle **22 Prozent** aller Verträge über Wohnraum in Hamburg **Staffelmietverträge**, bei denen die Miete in regelmäßigen Abständen erhöht wird, und **17 Prozent Indexmietverträge**, bei denen sich die Miethöhe über den Verbraucherindex an den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten orientiert. Bei den Jüngeren liegt der Anteil solcher Mietverträge nach wie vor wesentlich höher als bei den Älteren.«

Eine Studie zum **Zusammenhang von Armut und gesundheitlicher Ungleichheit** haben Dr. Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin und Sebastian Walter im Landtag Brandenburg vorgestellt. Ganze sechs Jahre leben Reiche im Durchschnitt länger als Arme. Die **17-seitige Broschüre** ist herunterzuladen unter www.linksfraktion-brandenburg.de/fileadmin/dateien/download/publikationen/Broschueren/230514_Broschuere_Studie_GesundheitlicheUngleichheit_WEB.pdf. Wer Interesse an der 20-minütigen Präsentation hat, schaut [hier](#).

leichheit_WEB.pdf. Wer Interesse an der 20-minütigen Präsentation hat, schaut [hier](#).



Im Frühjahr 2024 hat die **DGB-Jugend** eine **Pocketbroschüre zum Thema Wohnen für junge Leute** herausgegeben. Dies ist ein Beitrag aus Gewerkschaftskreisen, sich weit über betriebliche Probleme hinaus den Alltagsorgen der Menschen zuzuwenden, in diesem Fall eben auch dem akuten Wohnungsmangel. »Bund, Länder und Kommunen sind gefragt, dem Mietenwahnsinn schnellstmöglich den Riegel vorzuschieben und junge Menschen durch neu geschaffene Wohnheimplätze zu entlasten.« Pralle Informationen, Tipps und Forderungen auf 16 Seiten [hier](#).



Mischen wir in die stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Neuigkeiten einige Tropfen Geschichte ein. Wieder einmal eine gute Möglichkeit, die **Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)** in Erinnerung zu rufen. An dieser Stelle sei auf den **Geschichtspodcast** aufmerksam gemacht, ein nach und nach erweitertes Angebot mehr oder weniger einstündiger **Gespräche zu verschiedensten Themen** wie den deutschen Kolonialismus, den Überfall auf die Sowjetunion 1941, die Geschichte der Sklaverei und zuletzt – die 28. Folge – das Grundgesetz. »Im Podcast ›Rosalux History‹ geht es darum, ›Geschichte gegen den Strich zu bürsten‹ (Walter Benjamin)«, heißt es auf der Homepage der RLS. »Denn wer will schon bloß nach-erzählen, was uns die Hofschreiber vergangener Epochen überliefert haben? Wir wollen von einer anderen, einer Geschichte von unten berichten – und jenen mit Empathie begegnen, die heute, in der Gegenwart, von den Erben der herrschenden Klassen der Vergangenheit beherrscht werden. In diesem Sinne diskutiert ›Rosalux History‹ aktuelle Fragen in ihrem historischen Zusammenhang. Moderiert und thematisch eingeleitet von Anika Taschke und Albert Scharenberg kommen Gäste aus Geschichtswissenschaft und -werkstatt, Politik und Gesellschaft zu Wort. Wir wollen wissen: Wie kann es gelingen, die Erzählung der Sieger zu durchbrechen und strategische Räume der Emanzipation zu öffnen?« Alle Podcast-Aufzeichnungen gibt es hier: www.rosalux.de/rosalux-history.



»Hamburg ganz plastisch«, so titelte kürzlich das »Hamburger Wochenblatt« und meinte damit, dass im Netz unter www.geoportal-hamburg.de das gesamte **Stadtgebiet als**

dreidimensionales Modell aufzurufen ist. Die Ansicht ist wirklich beeindruckend, zumal es möglich ist, einen Gesamtblick auf die Stadt zu werfen oder auch bis auf die Ebene einzelner Straßen »runterzugehen«. Außerdem lassen sich einzelne Häuser anklicken und schon gibt es die Adresse und ein paar Grundinformationen dazu. Das 3-D-Stadtmodell präsentiert unglaubliche 380.000 Gebäude, und deren Daten lassen sich auch noch mit anderen Datensätzen aus der Urban Data Plattform verknüpfen. In ihrer Presseerklärung zur Einführung des digitalen Stadtmodells hebt die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen vor allem auch auf die Möglichkeit ab, den »Urbanen digitalen Zwilling Hamburg« in DIPAS-Beteiligungsverfahren einzusetzen.



www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/18338770/2024-03-11-bsw-hamburg-in-3d/

Einfach (um)bauen, so lautet das Motto der diesjährigen **Tage der Architektur und Ingenieurbaukunst** am **29. und 30. Juni**. Organisiert wird das Ganze von der Hamburgischen Architektenkammer und von der Hamburgischen Ingenieurkammer/Bau. Insgesamt 68 Führungen und Gespräche zu Architekturprojekten, Ingenieurbauwerken und stadtplanerischen Projekten sind vorgesehen. Das problemlos in die Jackentasche passende, gut 100-seitige Programm, ist eine wahre Schatzgrube der hamburgischen Gebäude- und Stadtentwicklung. Guckst Du hier: www.tda-hamburg.de/.





Am Wochenende **5./6. Juli** findet ein **Kongress des Netzwerks Lokalkraft** statt, »um der Vernetzung von Stadtteil-/Quartiersinitiativen für Nachhaltigkeit Flügel zu verleihen«, wie es die Veranstalter*innen ausdrücken. Das Projekt wird vom Zukunftsrat Hamburg und der Patriotischen Gesellschaft unterstützt. Zentrales Ziel ist es, auf Stadtteil- und Quartiers-

ebene Bürger*innenbeteiligung zu fördern. Sprechen wird auf der Tagung u.a. Claudine Nierth, die Mehr-Demokratie-Bundesvorstandssprecherin. Im Mittelpunkt steht dieses Thema: **Lokale Zukunftswerkstätten: Demokratie und Zukunft aus den Stadtvierteln gestalten**. Programm und Anmeldung über www.lokalkraft.org/aktuelles-terme/.

Am **Samstag, den 6. Juli**, also am »Tag der Genossenschaften«, soll es eine Fahrradsternfahrt unter dem Motto **Wohnungsbestände in Mieter*innenhände** geben. Organisiert wird diese rollende Manifestation von rund Wohnprojekten und 30 Initiativen. Vier Routen sind für diese Fahrraddemo vorgesehen, die um 14.00 Uhr in der Virchowstraße/Ecke Chemnitzstraße zusammentreffen. Von dort geht es dann zu den Investorenwüsteneien Palomaviertel und Holstenareal. Die Abschlusskundgebung findet im Park in der Neuen Mitte Altona statt.



Der nächste **Denkmalsalon** findet am Donnerstag, den **11. Juli**, um 19.00 Uhr im »Café Seeterrassen« statt. Es geht an diesem Abend um das Thema **Wachstum. Historische Parks unter Druck**, genauer, um das komplexe Spannungsfeld von Denkmal-, Klima- und Umweltschutz. Zu Gast sind Prof. Cornelia Müller (Landschaftsarchitektin, Lützw7), Malte Siegert (NABU Hamburg) und Dr. Joachim Schnitter (Umweltbehörde). Bereits ab 17.00 Uhr finden Führungen zur Geschichte der Garten-

anlage in Pflanzen und Blumen statt. Mehr Infos gibt es hier, eine baldige Anmeldung ist zu empfehlen.

Am **Freitag, den 12. Juli**, lädt die Plattform aktionsorientierter Bewegungen **Aktiko** von 15.00 bis 20.00 in den »Jupiter« (Mönckebergstraße 2-4, obere Etage) ein, um mit Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen weiter über die Frage zu beraten, **was tun gegen den Rechtsruck?** »Angesichts des RechtsDRucks fragen sich viele, wie wir wieder in die Offensive kommen können, welche Handlungsorientierungen erfolgversprechend sind«, so die Initiator*innen. »Wir haben Raum für 50 – 60 Teilnehmende. Die Werkstatt hat einen konkreten Zeithorizont: Die Bürgerschaftswahlen am 2. März 2025, die Vorbereitung einer großen AktiKo.Konferenz direkt danach und dann weiter bis zu den Bundestagswahlen im Herbst.« Mehr dazu unter www.aktiko.de/aktiko-werkstatt-hier-geht-es-zur-anmeldung/.

Am **2. Juni** hatte der Film **Sold City. Wenn Wohnen zur Ware wird** der Hamburger Filmemacher*innen Leslie Franke und Herdolor Lorenz seine **Premiere** im Metropolis-Kino. Die zweimal 102 Minuten lange Dokumentation macht aus der Perspektive von unten mehr als deutlich, worum es beim sogenannten »Wohnungsmarkt« geht: um die Vernichtung bezahlbaren Wohnraums, um die gnadenlose Durchsetzung des Profitprinzips und die Verdrängung ganzer Bevölkerungsgruppen aus ihren angestammten Quartieren. Nach »Der marktgerechte Patient« und »Der marktgerechte Mensch«, nach den kritischen Filmen zur Privatisierung von Wasser und Bahn hat das Duo von KernTV einen weiteren Film geliefert, der zum Nachdenken, Empörtsein und Diskutieren förmlich aufruft. Mehr zum Zweiteiler gibt es [hier](#). Alle geplanten Aufführungstermine finden sich [hier](#). Bitte vormerken: Die Linksfraktion hat mit Leslie Franke und Herdolor Lorenz zwei Filmvorführungen im Rathaus vereinbart, am **Freitag, den 27. September**, um 18.00 Uhr den Teil 1 (»Eigentum statt Menschenrecht«) und am **Dienstag, den 1. Oktober** ebenfalls um 18.00 Uhr den Teil 2 (»Enteignung statt Miete für die Rendite«). Nach der Sommerpause nehmen wir Anmeldungen entgegen.



Premierenfeier im »Metropolis«, rechts die Filmemacher*innen Herdolor Lorenz und Leslie Franke (Foto: Birgit Kiupel)

Linke Queerpolitik im Rathaus

Carola Ensslen, Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN, lädt zu einer queerpolitischen Diskussion am Donnerstag, den **27. Juni**, um 18.00 Uhr im **Kaisersaal des Rathauses**.

Queerpolitik hat nichts mit Lifestyle-Initiativen für Bessergestellte zu tun. Linke Queerpolitik ist vielmehr untrennbar mit linker Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit dem Kampf um bezahlbaren Wohnraum, anständigen Arbeitsbedingungen und einem guten Gesundheitssystem verbunden. Denn queere Menschen gibt es in allen gesellschaftlichen Schichten und sozialen Lebensbereichen. Wer sie ausgrenzt und ächtet, trifft nicht nur sie selbst und hindert sie an einem offenen Leben der eigenen Sexualität im eigenen Geschlecht, sondern spaltet die Gesellschaft, grenzt sie auch aus sozialen Kämpfen und Initiativen aus.

Das nützt den Rechten. Deshalb greifen rechte und nationalistische Kräfte gerne die bestehenden Vorurteile auf und propagieren »traditionelle Werte« wie die Männer-, Frauen- und Familienbilder der Vergangenheit, wenn sie in Wahrheit die „Kriegstüchtigkeit“ von morgen meinen. Deshalb mobilisieren sie gegen das Gendern oder modernen Sexualkundeunterricht oder machen sich über »skurrile Minderheiten« lustig.

Linke queere Politik geht weiter als der Kampf um Gleichstellung und Bürgerrechte. Die Homo-Ehe nützt vor

allem jenen, die vom Ehegattensplitting profitieren und etwas zu vererben haben. Bürgerrechte nützen jenen, die auch die Ressourcen haben, um sie wahrnehmen zu können. Linke queere Politik richtet sich deshalb an queere Menschen als Teil all jener, die für ihre sozialen Interessen kämpfen. Sie ist Teil einer umfassenden Emanzipation und fordert deshalb auch all jene heraus, die nicht zu den »Betroffenen« gehören.

Die Frage ist nur: Wie bekommen wir das zusammen? Wie können wir die Adressat*innen linker Politik von der Notwendigkeit überzeugen, die queer-soziale Emanzipation als Teil sozialer Emanzipation zu begreifen? Und wie schaffen wir es einen gemeinsamen Schritt im Kampf gegen Rechts machen?

Auf dem Podium diskutieren:

Carola Ensslen, die queerpolitische Sprecherin der Linksfraktion

Tanja Chawla, die Vorsitzende DGB Hamburg

Mine Pleasure Bouvar, Politische Bildner*in

Bodo Niendel, Autor und queerpolitischer Referent der ehemaligen Linksfraktion im Bundestag

www.linksfraktion-hamburg.de/termine/queer-geht-nur-sozial-queerpolitisches-podium/

Die Omas gegen Rechts

Gastbeitrag von **Annelie Weiler**, verfasst vor den Wahlen am 9. Juni

Schon ein paar Jahre gibt es sie, die OMAS GEGEN RECHTS. Es werden immer mehr und von der taz werden sie als größte feministische Gruppe bezeichnet. Ich möchte hier ein wenig mehr von unserer Gruppe Alstertal-Walddörfer berichten, die wie alle Hamburger Gruppen jetzt zu den Wahlen allerhand zu tun haben, um die weitere rechtsextremistische Entwicklung zu stoppen.

Zu Anfang erzähle ich etwas zur Geschichte und somit zur Entstehung der Omas gegen Rechts. Die erste Oma-Gruppe wurde im November 2017 in Wien von Monika Salzer und Susanne Scholl gegründet. Es war eine Reaktion auf die Beteiligung einer rechtspopulistischen Partei, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) an der konservativen österreichischen Regierung. Nach Monika Salzer einer der Gründe für den zivilen Widerstand gegen rechtsextremistische Kräfte in Österreich. Aus der Facebook-Gruppe wurde schnell eine Gruppe von »älteren Frauen, die sich wortgewandt, lautstark, originell mit Wut und Witz in die tägliche Politik einmischen und eine unverzichtbare Stimme im gesellschaftlichen Widerstand gegen Neofaschismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Demokratiegefährdung geworden

ist« (Kleine Festzeitung zum 5-jährigen Bestehen der Omas gegen Rechts Hamburg, Grußwort von Monika Salzer).

Im Januar 2018 wurde auch in Deutschland die erste Facebook-Gruppe Omas gegen Rechts gegründet (Gerda Smorra und Anna Ohnweiler). Im August 2018 folgte die erste Hamburger Gruppe (Andrea Herzog, Ina Hoffmann, Dörte Schnell). Inzwischen gibt es sechs Oma-gegen-Rechts-Gruppen in Hamburg. Seit Februar 2019 haben sich viele Oma-Facebook-Gruppen zu einem »Deutschland Bündnis« zusammengeschlossen und kooperieren häufig bei Flyern, Aktionsideen und Material. Sie betreiben eine inhaltliche Zusammenarbeit, ohne Vereinssatzung oder Meinungsregeln. Die Vielfalt der Meinungen zählt und es ist ihnen/uns wichtig, dass sich viele Frauen mit unterschiedlichen Meinungen auf der Basis der Anerkennung der Menschen- und Grundrechte für die Zukunft und die Demokratie starkmachen.

Wofür stehen wir, was wollen wir?

Die Oma-Gruppen sind eine zivilgesellschaftliche, überparteiliche Initiative, die sich in den politischen Diskurs einmischen will. Wir beziehen Stellung zu den Problemen unserer Zeit und Gesellschaft.

Quelle: www.omas-gegen-rechts.org/

Unsere Gruppe Alstertal-Walddörfer besteht seit Frühjahr 2022. Die Gründung erfolgte als direkte Reaktion auf Montagsspaziergänge von Corona-Leugner*innen in Bergstedt. In Gesprächen, die anfangs mit den Teilnehmer*innen stattfanden, wurde deutlich, dass viele an Verschwörungsideologien glauben und Querdenker*innen oder AfD-Anhänger*innen waren und sich auch gegen unsere Demokratie aussprachen.

Auch bei mir führte die persönliche Betroffenheit dazu, dass ich Mitstreiterin in der OgR Alstertal-Walddörfer seit November 2022 bin. Ich sah das Polizeiaufgebot (erstaunlich viele Polizeimannschaftswagen), als die neugegründete OgR Alstertal-Walddörfer zusammen mit den anderen Hamburger OgR Gruppen und einigen Antifa-Aktivist*innen Gegendemonstrationen gegen die in Bergstedt veranstalteten Montagsspaziergänge von Corona Leugner*innen, Schwurbler*innen und Rechtsextremist*innen organisierten. Mein Entschluss, mich mit zu engagieren, mich mitverantwortlich zu fühlen für die Entwicklung in unserer Demokratie und meine Kraft und Stimme mit den OgR zu erheben, so wie Monika Salzer es sagt: »Alt sein heißt nicht stumm sein«, war getroffen.

Nach den anfänglichen Gegendemonstrationen, die von Seiten der Oma-Gruppe initiiert waren, haben wir seit November 2022 versucht, über Infotische auf Märkten und mit einem Flyer aufzuklären. Ebenso bezogen wir Stellung zu den vermeintlich einfachen Lösungen der sogenannten »Alternative für Deutschland« (AfD) für bestehende oder von ihnen zu Problemen ernannten Themen. Dazu gehören auch die Mahnwachen vor dem Rathaus, die wir gegen die Veranstaltungen »Fraktion im Dialog« der AfD seit November 2022 durchführen.

Nach dem Grundsatz von Monika Salzer heißt es: **ALT SEIN HEISST NICHT STUMM SEIN!**

Durch die Beschäftigung mit Rassismus (u.a. in zwei Infoveranstaltungen/Schulungen des Mobilen Beratungsteams gegen Rechts) und der Beobachtung, dass die AfD immer mehr Präsenz im politischen und öffentlichen Raum einnahm, wurde uns deutlich, dass es wichtig war und ist, Gelegenheit für Gespräche, Austausch und Informationen zu schaffen. Die

Veranstaltungen wurden und werden in Kooperation mit der Ev.-Luth. Kirche Oberalster-Bergstedt, dem Asylverein Bergstedt und der Begegnungsstätte Bergstedt durchgeführt. Unter dem Motto »Wir bleiben im Gespräch«, gab es bis jetzt drei Veranstaltungen.

1 Im September 2023 einen Vortrag von Andreas Speit über sein Buch: »Verqueres Denken – Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus«, und damit verbunden eine Gesprächsrunde und Gedankenaustausch in kleinen Gruppen.

Nach dieser gut besuchten Veranstaltung wurde das Interesse an weiteren Veranstaltungen geäußert.

2 Im November 2023 stellten Frau Lessing und Frau Valk das Buch von Dr. Johannes Hillje vor, Titel: »Propaganda 4.0 – Wie rechte Populisten unsere Demokratie angreifen«. Auch bei dieser Veranstaltung gab es Gespräche in kleineren Gruppen.

3 Unsere dritte Veranstaltung haben wir nach den Undercover-Recherchen des Correctiv-Teams unter der Frage: »Nach den gut besuchten Demonstrationen gegen Rechts – Wie geht es weiter?« durchgeführt. Die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Christine Landfried hielt das Eingangreferat »Demokratie neu gestalten«. Wir hatten 140 Besucherinnen und das Bedürfnis der Menschen über die politische Situation zu sprechen war sehr deutlich. Diese Reihe wird weiter fortgesetzt und es wird auch in Zukunft um neue Wege in der Bürger*innenbeteiligung auf lokaler Ebene gehen.

Zurzeit liegt unser Schwerpunkt auf Infoständen auf Wochenmärkten in umliegenden Stadtteilen. Neben der Absicht über die antidemokratischen und häufig auch rechtsextremistischen Agitationen und das Wahlprogramm der AfD zu informieren, liegt ein weiterer Schwerpunkt darin, die Mitbürgerinnen zur Wahl des Europaparlaments und der Bezirksabgeordnetenwahl zu mobilisieren. Dazu haben wir einen selbsterstellten Flyer, der die Wichtigkeit der Europawahl deutlich macht und die propagandistischen Äußerungen der AfD zu diesem Thema beinhaltet. Ebenso wird der Wert der Wahlmöglichkeit auf Bezirksebene beschrieben und

aufgeführt, wie die AfD ungeniert über ein Flugblatt Lügen zu einem geplanten Neubauprojekt in Sasel verbreitet.

Neben unserem eigenen Material (jede Hamburger OGR-Gruppe hat eigenes Material erstellt) haben wir Infomaterial des Hamburger Bündnisses gegen Rechts und des neu gegründeten Bündnisses »Klare Kante gegen Rechts«, zu denen wir als Bündnispartnerinnen gehören zum Bündnis »Klare Kante gegen Rechts« zählen viele verschiedene politische, gewerkschaftliche, kirchliche und zivilgesellschaftliche Gruppen.

Bei unseren Infoständen kommt es häufig zu Gesprächen mit den Passant*innen, bei denen wir deutlich machen, welche Vorteile unsere Demokratie hat, wie wichtig es ist und welche Möglichkeiten bestehen, in ihr Kritik und Unmut über politische Entscheidungen äußern zu können. Wir können diskutieren, streiten und unterschiedlicher Meinung sein und das ist der Wert unserer Demokratie.

Das Zuhören, Verständnis haben und die Auseinandersetzung an den Infotischen sind wichtige Erfahrungen. Dazu gehören auch Gesprächsversuche mit AfD-Anhänger*innen, auf die viele uns durch das Angebot der Organisation »Aufstehen gegen Rassismus« als Stammtischkämpferinnen vorbereitet und geschult wurden. In Verbindung mit der inhaltlichen Information aus dem AfD-Wahlprogramm haben wir Argumente und wissen aber auch, wenn es sinnvoll ist, sich aus einem aussichtslosen Gespräch zurückzuziehen. Ermutigend dabei ist die häufig geäußerte Dankbarkeit der Menschen darüber, dass wir für unsere Demokratie »auf die Straße gehen«, was uns motiviert weiter präsent zu sein.

Eine weitere Aktion, um die Öffentlichkeit auf die Wahl, den Erhalt unserer Demokratie unter dem Motto: »Gemeinsam für Demokratie« aufmerksam zu machen und zu aktivieren, sind unsere Menschenketten (April, Mai, Juni), die wir in Bergstedt durchführen. Die Reden stehen unter dem Motto: »Zusammenhalt statt Spaltung, Respekt statt Hass und rechter Propaganda und Zuversicht statt Angst«. Ein schöner und wichtiger Teil sind unsere kämpferischen Lieder mit unserer Hoffnung und Absicht, »denn wir wollen, dass die Welt unsern Enkeln noch gefällt, wenn sie selber Oma und Opas sind«.

Das sind Einblicke und Beschreibungen unseres Engagements. Es ist uns wichtig und es wird uns weiter »antreiben«, dass leider viele der rassistisch, antidemokratische und fremdenfeindliche Meinungen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und auch demokratische Parteien sie sich zu eigen gemacht haben.

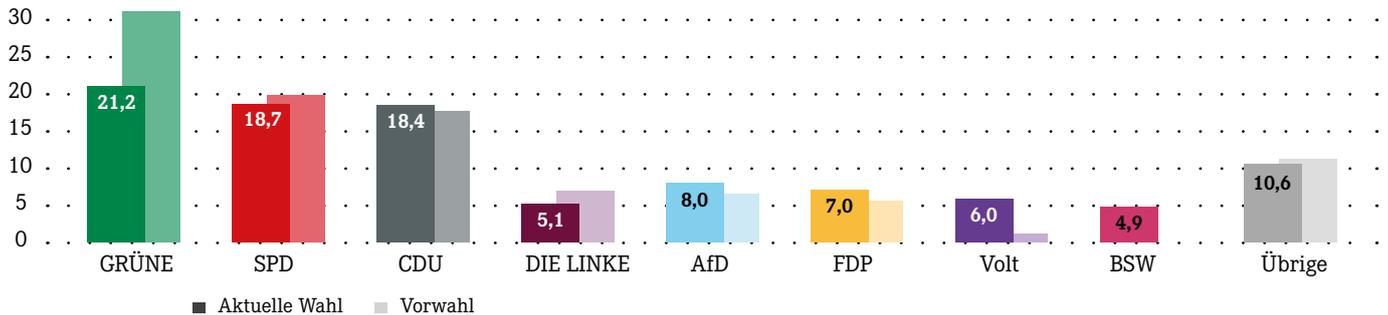
Es gilt weiter wachsam zu sein, Missstände in unserem Land wahrzunehmen, und »es gehört zum Eigenverständnis dieser Gesellschaftsform, dass Demokratie sich immer entwickelt und nie perfekt ist, es also zum Wesen der Demokratie gehört, Mängel wahrnehmen und klug auf sie reagieren zu können – eine Fähigkeit, die Autokratien abgeht, da diese nicht auf das Wohl des Menschen, sondern auf den Erhalt der eigenen Dominanz achten« (Alexander Görlach: »Demokratie«, Reclam). Es ist wichtig, dass wir die Demokratie mit allen ihren Vorzügen und Möglichkeiten sehen, aber uns auch unserer Verantwortlichkeit und Mitverantwortung bewusst sind. Jetzt, wo sie bedroht ist, gilt es für sie zu kämpfen!



Im vorletzten »Bürger*innenbrief« vom 23. April hatten wir einige Plakate aus dem EU-Wahlkampf der LINKEN aufgenommen, nachfolgend nun beispielhaft acht Plakate aus dem Bezirkswahlkampf in Hamburg (Plakatfotos hier und auf den Folgeseiten: M. Joho)

Das Hamburger Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024

Stimmanteile in Prozent



Vorläufiges Endergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024, Stimmanteile der Parteien in Hamburg
(www.wahlen-hamburg.de/Europawahl_2024/)

Erklärung der Bundes- und Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE vom 9. Juni 2024

Wir müssen DIE LINKE stark machen, um die Verhältnisse ändern zu können. Die Ergebnisse der Europa- und der Kommunalwahlen zeigen: DIE LINKE ist in einer herausfordernden Lage. Der jahrelang öffentlich ausgetragene innerparteiliche Konflikt, die Abspaltung der Gruppe um Wagenknecht und der damit verbundene Verlust des Fraktionsstatus im Bundestag haben das Bild in der Öffentlichkeit schwer beschädigt. Notwendige politische und strukturelle Weiterentwicklungen blieben zu lange auf der Strecke. Viele Wähler*innen können nicht erkennen, wie wir zu wichtigen Fragen und aktuellen Auseinandersetzungen stehen und ob wir uns wirkungsvoll für ihre Interessen einsetzen können. Wir stehen in der Verantwortung, Vertrauen zurückzugewinnen. Denn in Zeiten des Erstarkens der extremen Rechten, des Ausspielens von Menschen mit Transfergeld gegen Geringverdiener*innen bei gleichzeitig wachsendem Vermögen einiger weniger und der Wiederkehr des Krieges auf die europäische Landkarte sind wir uns gemeinsam als Landes- und Parteivorsitzende bewusst, dass eine gesellschaftlich verankerte und wirksame linke Partei keine Selbstverständlichkeit, jedoch eine Notwendigkeit in diesem Land ist. Deshalb werden wir den Bundesparteitag im Herbst gemeinsam und solidarisch so vorbereiten, dass dieser notwendige Entscheidungen gut treffen kann.

Wir als Partei- und Landesvorsitzende wollen deshalb gemeinsam und vertrauensvoll die inhaltliche und strukturelle Erneuerung unserer Partei sowie die personelle Aufstellung vorbereiten. Der Parteivorstand macht einen Vorschlag, wie dieser Prozess strukturiert werden soll. In den vor uns liegenden Monaten arbeiten wir konsequent und gemeinsam für unsere Politik der sozialen Sicherheit, des Friedens und des Antifaschismus, um unsere Verankerung in den drei zur Wahl stehenden Landesparlamenten in

Sachsen, Thüringen und Brandenburg zu sichern und unseren linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zu verteidigen.

Aus vielen Gesprächen, Diskussionen und Untersuchungen, aber auch aus der Erfahrung der jüngsten Wahlkämpfe wissen wir, dass Enttäuschungen und Zweifel an uns weiter bestehen, dass aber auch viele Menschen weiterhin Erwartungen in uns setzen und sich eine starke linke Partei wünschen. Wir wissen, wie mühsam es ist, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. Wir haben diese Herausforderung angenommen, müssen aber auch feststellen, dass wir heute noch nicht an der Stelle sind, an der wir geplant hatten zu sein. Um dort hinzukommen, müssen wir bereit sein, uns zu verändern.

Wir werden unsere Themen und Inhalte fokussieren, unser Potenzial einen und unsere Kompetenzen als Partei der sozialen Gerechtigkeit, die die soziale und die ökologische Frage verbindet mit einer klaren Haltung gegen Hass und Ausgrenzung in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung stellen. Wir werden konkrete Umsetzungsperspektiven formulieren, um so Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. In den letzten Wochen und Monaten haben wir bereits begonnen, an einer politischen Schwerpunktsetzung und Ausrichtung bis zu den Bundestagswahlen zu arbeiten. Diesen »Plan 25« wollen wir mit intensiver Beteiligung unserer Mitglieder in allen Regionen, Unterstützer*innen aus der gesellschaftlichen Linken und unter Einbeziehung potenzieller Wähler*innen weiterentwickeln.

Der Bundesparteitag im Oktober wird über die inhaltliche und personelle Aufstellung für die Bundestagswahl entscheiden. Wir werden die inhaltlichen Schwerpunkte und Forderungen festlegen, auf die wir bis zu den Bundestagswahlen setzen. Mit klarer Schwerpunktsetzung und

Konzentration auf zentrale Forderungen werden wir Profil gewinnen. Wir werden einen neuen Parteivorstand wählen. Dieser trägt die Verantwortung, die Partei in ihrer Gesamtheit und all ihren Veränderungen zu repräsentieren, um die notwendige Geschlossenheit für die kommenden Wahlkämpfe zu erreichen. Wir setzen auf einen schlagkräftigen Parteivorstand. Wir setzen auf Spitzenkandidierende für die Bundestagswahl, die eng zusammenarbeiten, miteinander, mit der Partei und der gesellschaftlichen Linken, die unsere Partei stärken will. Unser Ziel ist klar: wir wollen 2025 wieder stark in den Bundestag einziehen. Die letzten Monate haben gezeigt, dass wir als Parteivorstand, als DIE LINKE im Bundestag und Europaparlament, in acht Landtagen, drei Landesregierungen sowie als Landesvorsitzende solidarisch und gemeinsam agieren können. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Fortschritt und ein großes Pfund gegenüber den vergangenen Jahren. Das wollen und müssen wir uns erhalten. In diesem Sinne werden wir auch den Bundesparteitag und die dort zu treffenden Entscheidungen gemeinsam vorbereiten und diskutieren. Wir werden die dazu notwendigen Gespräche in und mit den gewählten Gremien – und nicht über die Öffentlichkeit – führen.

Zur dringend anstehenden Erneuerung der Partei gehört erstens die Modernisierung der Strukturen. Dazu erarbeitet die Strukturkommission Vorschläge und stellt sie in den Gremien der Partei sowie in den Landes- und Kreisverbänden zur Debatte.

Zweitens werden wir unsere besondere Funktion und damit den konkreten Gebrauchswert als Partei für die Menschen erweitern. An vielen Orten kümmern wir uns um die Belange der Menschen und versuchen, gemeinsam mit ihnen Veränderungen zu erkämpfen. Das wird konkret, wenn wir als Linke Sozialberatung, solidarische Räume fürs Zusammenkommen organisieren und konkrete Hilfen anbieten, die Hand in Hand gehen mit dem Agieren unserer Ge-

noss*innen in den kommunalen Vertretungen wie den Parlamenten. Dies wollen wir ausbauen.

Drittens gehört dazu die programmatische Erneuerung. Zunächst wollen wir gemeinsam das Bundestagswahlprogramm entwickeln, das unsere Kernforderungen in den Mittelpunkt stellt, uns aber zu allen relevanten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen sprechfähig macht und den Prozess dann in die gründliche Überarbeitung unseres Grundsatzprogramms überführt. Die geopolitischen und gesellschaftspolitischen Umwälzungen der letzten Jahre erfordern eine Aktualisierung unserer Antworten auf die zentralen gesellschaftlichen Fragen, wie wir als internationalistische, sozialistische linke Partei für ein gutes Leben für alle, für gute Arbeit, für soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden, gegen Ungleichheit, Ausbeutung und Ausgrenzung arbeiten und streiten können. Aus diesem Prozess, den wir gemeinsam anschieben und dessen Dynamik für uns in der täglichen Arbeit spürbar ist, auch durch die hohe Zahl an Neueintritten, schöpfen wir Energie, um mit Kraft und Zuversicht in die anstehenden Landtagswahlen und in die Vorbereitung der Bundestagswahl zu gehen. Mit einer starken Linken können wir die Verhältnisse ändern.

*Unterzeichner*innen: Janine Wissler & Martin Schirde-
wan (Parteivorsitzende) Sahra Mirow & Elwis Capece (Baden
Württemberg) Kathrin Flach-Gomez (Bayern) Maximilian
Schirmer & Franziska Brychcy (Berlin) Katharina Slanina &
Sebastian Walter (Brandenburg) Christoph Spehr & Anna Fi-
scher (Bremen) Thomas Iwan & Sabine Ritter (Hamburg) Ja-
kob Migenda & Christiane Böhm (Hessen) Peter Ritter (Meck-
lenburg Vorpommern) Kathrin Vogler & Sascha Wagner
(Nordrhein Westfalen) Stefan Glander (Rheinland Pfalz) Bar-
bara Spaniol (Saarland) Stefan Hartmann & Susanne Schaper
(Sachsen) Janina Böttger & Hendrik Lange (Sachsen-Anhalt)
Luca Grimminger & Susanne Spethmann (Schleswig-Hol-
stein) Ulrike Grosse-Röthig & Christian Schaft (Thüringen).*



Linke am Tiefpunkt: Fünf Punkte, um zu linker Politik zurückzufinden

Von Jan van Aken

Wir danken Jan van Aken und der Wochenzeitung »Der Freitag«, seinen online von ihr am 10. Juni verbreiteten Beitrag in den »Bürger*innenbrief« übernehmen zu dürfen. Der Hamburger Jan van Aken war Greenpeace-Aktivist und Biowaffeninspekteur, bis er von 2009 bis 2017 für DIE LINKE im Deutschen Bundestag war. Seither ist er Referent für internationale Krisen und Konflikte bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Nur 2,7 Prozent hat Die Linke bei den Europawahlen geholt. Jan van Aken, Parteimitglied und ehemaliger außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, nutzt diesen Moment des Tiefs – und schlägt fünf Punkte vor, um die Linke neu aufzubauen

Die Linke ist noch da! Ich weiß, es fühlt sich gerade nicht so an, aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir die Talsohle jetzt durchschritten haben. Ab jetzt kann es nach vorne gehen. Daran ändern auch die mageren 2,7 Prozent bei der Europawahl und die teils herben Verluste bei den Kommunalwahlen nichts. Diese Ergebnisse überraschen nach all den Jahren des Streits nun wirklich niemanden.

Ja, die Lage ist schwierig. Aber es gibt schon kleine Signale der Hoffnung: Es gab am Sonntag nach den ersten Hochrechnungen keine schnellen Schuldzuweisungen und kein Nachtreten, sondern viele Gespräche, die dem Ernst der Lage angemessen sind. Diese Demut ist ein Zeichen eines neuen Zusammenhalts in der Partei. Allen ist klar: Es wird nur gemeinsam gehen. Die Zeit der Eitelkeiten ist vorbei. Das ist die Basis, auf der die Partei gemeinsam in Ost und West, in Süd und Nord ein Comeback bis zur Bundestagswahl erarbeiten kann.

An der Parteibasis spüre ich an vielen Ecken der Republik große Nachdenklichkeit, manchmal gar Mutlosigkeit. Gleichzeitig beobachte ich aber auch eine große Frische und Energie, die mir ernsthaft Hoffnung macht. Das gilt für viele erfahrene Parteimitglieder genauso wie für die vielen tausend jungen Menschen, die im letzten halben Jahr in die Linke eingetreten sind. Sie bringen nicht nur Feuer mit, sondern auch die feste Überzeugung, dass wir dieses Land nicht den Rechten überlassen dürfen und dass es sich lohnt, für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

1. **Echt sein, das heißt: Mandate auf Zeit**

Die gesellschaftliche Lage lässt einen ja manchmal wirklich verzweifeln: der Durchmarsch offen faschistischer Parolen bis in die Mitte der Gesellschaft, die zunehmende soziale Kälte und ein um sich greifendes Gefühl von Ohnmacht – die oft genug in Wut und Hass auf die Falschen umschlägt. In dieser Situation gibt es aus meiner Sicht fünf Dinge, die helfen könnten, die Linke wieder zu einer starken Kraft zu machen – und das gilt für die Partei wie für gesellschaftliche Linke: echt sein, doppelt nützlich sein, zuhören und ein scharfes Profil. Wo andere Hass uns Hetze säen, wollen wir die Herzen erobern.



Jan van Aken (Foto: Maximilian Gödecke/Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Echt sein heißt für die Partei vor allem, nicht den Verlockungen des Parlamentarismus zu verfallen. Wir alle machen doch Politik, um für eine bessere, gerechtere Welt zu streiten – und nicht für Diäten und Posten. Das könnte, das müsste die Linke viel stärker ausstrahlen als bisher. Ich bin immer noch ein großer Fan von Mandatszeitbegrenzungen. Niemand sollte mehr als zwei oder drei Legislaturen im Bundestag sitzen. Am Ende macht es einen nämlich doch satt.

Vor allem aber strahlen wir mit Mandatsbegrenzungen aus, dass ein Bundestagsmandat kein Karriereziel ist. Das machen wir nicht aus Eigennutz, sondern als eine vorübergehende Möglichkeit, Dinge zu bewegen. Es wäre ein sehr starkes Signal für viele Menschen, wenn die Linken klipp und klar deutlich machen, dass sie nicht an Posten hängen, sondern für gemeinsame Ziele arbeiten. Der um sich greifenden Politikverdrossenheit setzt das ein konkretes Stück Ehrlichkeit entgegen.

2. **Nützlich sein, das heißt: Für Kita-Plätze kämpfen**

Nützlich zu sein schließt daran direkt an: Für eine linke Partei misst sich »Nützlichkeit« nicht nur an praktischen Erfolgen im Parlament und in Regierungen, sondern auch im

Alltag der Menschen. Nützlich sein durch alltagsnahe Beratungsangebote, durch Sozialsprechstunden oder Wohngeldberatung. Wenn alle anderen Parteien sich nach der Wahl nie wieder blicken lassen, muss die Linke da sein, um bei konkreten Problemen zu beraten – und um zu organisieren, wenn es um die Schließung eines Krankenhauses oder um mehr Kitaplätze geht.

Der erste Baustein einer organisierenden linken Kraft, die Hoffnung auf ein besseres Morgen machen kann, wird dort gelegt, wo praktische Solidarität und Gemeinschaft entstehen. Die Linke redet nicht nur, sie ist da, wenn gestreikt oder eine Mieter*inneninitiative gegründet wird. An vielen Orten haben das viele engagierte Mitglieder bereits in der Vergangenheit gezeigt. Ich finde, Beispiele wie »Wir fahren zusammen« sollten Schule machen.

Dieser Artikel ist für Sie kostenlos. Unabhängiger und kritischer Journalismus braucht aber Unterstützung. Wir freuen uns daher, wenn Sie den Freitag abonnieren und dabei mit-helfen, eine vielfältige Medienlandschaft zu erhalten. Dafür bedanken wir uns schon jetzt bei Ihnen!

3. Keine 10.000 Euro für Abgeordnete, stattdessen: Sozialsprechstunden

Wir müssen aber auch über Geld sprechen: Wer sich aus tiefster Überzeugung für die Schwächeren in der Gesellschaft einsetzt, kann nicht ernsthaft mit 10.000 Euro im Monat nach Hause gehen. Andere linke Parteien in Europa haben es vorgemacht: Deren Abgeordnete bekommen das Durchschnittsgehalt einer Facharbeiter*in. Den Rest geben sie weiter an Menschen in Notlagen. Stellt euch vor: Wir könnten einen echten Unterschied im Leben einer alleinerziehenden Mutter machen, indem wir einmal ihre Stromkosten übernehmen, wenn es drauf ankommt.

Ich finde, dass alle, die 2025 für die Linke zum Bundestag kandidieren wollen, sich auf eine solche Begrenzung der eigenen Einnahmen und zur Durchführung von regelmäßigen Sozialsprechstunden verpflichten sollten. Das würde sehr deutlich machen, dass die Linke es wirklich ernst meint und keine Partei wie alle anderen ist. Und die Wahl der Linken würden einen echten Unterschied machen für diejenigen, die ansonsten keine Lobby haben.

4. Zuhören, das heißt: Lokale Mitbestimmung der Politik

Der dritte Punkt, den wir für eine starke linke Partei brauchen, heißt zuhören. Das klingt so einfach – findet aber jenseits der kommunalen Ebene im politischen Alltag viel zu selten statt. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es der großen Mehrheit der Menschen hier in Deutschland sehr wichtig ist, füreinander da zu sein, nachbarschaftlich zu helfen, das Gemeinschaftliche über den Eigennutz zu stellen. Kurz: solidarisch zu sein.

Auf mehr als sechs Prozent in weniger als sechs Monaten, in Ostdeutschland wohl drittstärkste Kraft: Dem Bündnis Sahra Wagenknecht hat bei der Europawahl nicht zuletzt

eine Entscheidung des SPD-Kanzlers in Sachen Ukraine-Krieg geholfen.

In der Prignitz scheinen Europa und die EU weit weg, die Kommunalwahlen umso näher. Auf manchem Dorf jedoch prägt nicht nur die AfD das Straßenbild – sondern der Dritte Weg. Ein Stimmungsbericht kurz vor dem rechten Beben.

Mecklenburg-Vorpommern, einer der ärmsten Landkreise Deutschlands, starke AfD – da trat Johannes Hecht in die Linke ein: Jetzt betreibt er mit fast unerhörtem Optimismus Kommunalwahlkampf von Daberkow bis Alt Tellin.

Mit all diesen Menschen, den Heldinnen und Helden des Alltags, wollen wir langfristig Politik machen, deshalb sollten wir uns die Zeit nehmen, ihnen zuzuhören und ihre Sicht auf das Leben kennenzulernen. Womit fühlen sie sich alleingelassen, wo könnte die Linke lokal ansetzen, damit sie in ihr wieder einen wichtigen Ansprechpartner sehen (und ja, ihr auch wieder die Stimme geben)? Eine Partei mit dem Anspruch, Arbeiter:innen in den eigenen Reihen zu organisieren, sollte die Antworten auf diese Fragen kennen.

Viele in der Partei tun das bereits, sie sind vor Ort und hören zu. Das Ziel muss sein, all diese Kräfte zu bündeln. Die Partei bereitet gerade eine Gesprächsoffensive in die Gesellschaft im großen Stil vor, um mithilfe vieler Zehntausend Gespräche eine strategische Themenfokussierung vornehmen, die dringend benötigt wird. Es ist ein ernst gemeintes Angebot der Partei an die Bevölkerung, mitzubestimmen, mit welcher zentralen Forderung die Linke in den nächsten Bundestagswahlkampf zieht – aus meiner Sicht eine zentral wichtige Etappe bei der Erneuerung der Partei.

5. Konkret werden: Der Mindestlohn macht den Unterschied

Damit sind wir beim letzten Punkt, dem scharfen Profil. Ich glaube, anstatt eines bunten Blumenstraußes an Themen braucht es eine Konzentration auf einige wenige Themen und darin eine oder zwei zentrale Forderungen. Die Linke hat es den Menschen in den letzten Jahren nicht leicht gemacht, meistens war sie gleichzeitig dafür und dagegen, ob nun Klima, Europa oder Migration. Das inhaltliche Profil der Partei war völlig unklar. Als alter Campaigner weiß ich eines: Nur wer einen wirklich klaren Fokus hat, kann gewinnen. Mit zehn Schwerpunkten und zwanzig Unterpunkten ist man weder erkennbar, noch setzt man in der realen Welt irgendetwas durch. Alle Kraft auf einige wenige Punkte – und die Linke wird hier etwas in Bewegung setzen.

Welche Schwerpunkte sind das? Dieses Profil herauszuarbeiten, muss unsere gemeinsame Aufgabe für die nächsten Monate sein. Beim Mindestlohn hat die Linke gezeigt, wie sie ein Thema setzen kann und es am Ende durchgesetzt wird – heute profitieren Millionen Menschen davon. Lasst uns an solche Sternstunden anknüpfen, denn nichts ist so attraktiv wie der Erfolg! Wir konnten es mal und wir können es wieder. Ich bin wirklich tief in meinem Herzen davon überzeugt: Die Linke hat eine Chance. Wir haben eine Chance. Nutzen wir sie! Ich bin dabei.

Die Ergebnisse zu den Wahlen der Hamburger Bezirksversammlungen am 9. Juni 2024

Anteile der Bezirksstimmen

Bezirksversammlungswahl 2024, Freie und Hansestadt Hamburg.
Vorläufiges Ergebnis

Gebiet	Anteil						
1 - Hamburg-Mitte	28,5 %	15,6 %	4,8 %	14,8 %	21,1 %	10,2 %	5,1 %
2 - Altona	21,6 %	7,6 %	27,6 %	18,0 %	12,8 %	5,5 %	6,8 %
3 - Eimsbüttel	23,4 %	19,5 %	29,6 %	6,1 %	9,1 %	6,2 %	6,1 %
4 - Hamburg-Nord	23,4 %	19,3 %	7,2 %	7,6 %	27,9 %	6,4 %	8,1 %
5 - Wandsbek	27,7 %	27,9 %	6,9 %	19,4 %	7,0 %	11,0 %	
6 - Bergedorf	26,6 %	28,6 %	4,7 %	14,5 %	8,2 %	14,4 %	2,9 %
7 - Harburg	28,4 %	23,0 %	4,8 %	15,9 %	8,2 %	14,2 %	5,4 %

Vorläufiges Endergebnis der Wahlen zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen am 9. Juni 2024:
rote Linie: SPD; dunkelgrün: CDU; gelb: FDP; violett: LINKE; hellgrün: GRÜNE; blau: AFD; grau: Übrige
Quelle: www.wahlen-hamburg.de/bezirksversammlungswahlen_2024/



Wir gratulieren allen Hamburger Kandidat*innen, die für DIE LINKE in die Bezirksversammlungen eingerückt sind, darunter Nora Stärz und Steffen Leipnitz

Kulturtipp

Mit einem schönen Zitat von George Bernard Shaw leitet die Geschichtswerkstatt St. Georg ihr Jahresprogramm ein: »Der einzige Mensch, der sich vernünftig benimmt, ist mein Schneider. Er nimmt jedesmal neu Maß, wenn er mich trifft, während alle anderen immer die alten Maßstäbe anlegen in der Meinung, sie passten auch heute noch.«

Titel »Als der Stein ins Rollen kam« den Auf- und Umbrüchen 1967/68 in der BRD (am 1.9.) und 1985/86 in Ostdeutschland (am 25.1.2025) zuwenden. Es wird wie immer Darbietungen des Stadtteilchores Drachengold (am 15./16.11.), des Literarischen Menüetts (am 1.2.2025) sowie des Vorstadttheaters (am 21./22.2.2025) geben.

Bei den ersten beiden Veranstaltungen des Einwohner*innenvereins St. Georg sind alte Bekannte zu Gast. Am **Mittwoch, den 19. Juni**, geht es um 20.00 Uhr im Haus für

Im Mittelpunkt des inzwischen 27. Jahresprogramms dieser Machart – 1996 ging es los mit einer Veranstaltungsreihe zum Spanischen Bürgerkrieg 1936/39 – steht dieses Mal die Generationenproblematik. Es geht um Lebenslagen und Umbrüche, Innovationen und Zeitenwenden, die die Menschen ihres Alters stark geprägt haben und die schon eine Generation später ihr Verfallsdatum erreicht haben oder jedenfalls ganz anders gesehen werden. In insgesamt 21 Einzelveranstaltungen, an denen mehrere Gruppen und alles in allem bis zu 100 Aktive beteiligt sind, soll das Thema unter verschiedenen Blickwinkeln ausgeleuchtet werden. Ein Schwerpunkt ist dabei das »Aufbegehren gegen die Täter-Generation«, die sich in Christian Geißlers Roman »Anfrage« (1960) und der gleichnamigen Verfilmung (1962) niederschlägt (eine Veranstaltung am 16.7.). Interessant ist sicher auch ein zweiteiliges Projekt von acht Freund*innen aus Hamburg und Ost-Berlin, die teilweise seit 1990 einen solidarischen Dialog führen und sich in zwei Veranstaltungen unter dem gemeinsamen

Kunst, Handwerk und Design (Koppel 66/Lange Reihe 75) um **Planungen für die Zukunft**, genauer um ein scherzhaftes Wimmelbild aus der Zeit des Hauptbahnhofbaus 1904 und Ernsthaft-Kritisches über die aktuellen Pläne für einen gigantischen »Verbindungsbahn-Entlastungstunnel« (VET) zwischen St. Georg und Altona. Referent ist der im Verein Prellbock Altona engagierte Verkehrsexperte Andreas Müller-Goldenstedt. Die zweite Veranstaltung am **Donnerstag, den 27. Juni**, um 19.30 Uhr im Integrations- und Familienzentrum (Rostocker Straße 7) dreht sich um **Protestkulturen der letzten Jahrzehnte im Vergleich**. Zu Gast: Joachim Bischoff (SDS und APO der 1960er-Jahre), Conny Jürgens (Sprecherin der »Bürgerinitiative Rettet St. Georg« in den 1970ern), Conny Böttger (engagiert bei den Subrealisten um den Nautilus-Verlag in den 1980ern) und Katja Schreiner (vom Aufstand der Letzten Generation aus der Jetztzeit).

Das ausführliche Gesamtprogramm gibt es im Netz unter www.gw-stgeorg.de. ♦

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg